

# ContraSalon

Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No 1 – 15.1. 2010

---

**elmar-brok-interview: dialog - start zwischen parlament und lady ashton + eu-präsident rompuy bekennt sich zu schumans vorbild maritain ++ steinbach-debatte konkret ++ neuer cicero-chef ++ malcolm harbour als realist**

---

## **TIME-Gold für Merkel – und Unionszwerge mäkeln weiter**

**Berliner Kanzlerin wurde „Mann“ des Jahres 2009 des großen US-Magazins. „Frau Europa“ habe „mehr Macht als alle Leader des (alten) Kontinents“**



Catherine Mayer, für TIME an der Spree, hält die deutsche Regierungschefin für machtpolitisch nicht mehr bedroht, doch für früher „immer wieder unterschätzt“, heute jedoch „nur low profile“ praktizierend. Das übliche fade Einordnen, auch in den USA beliebte journalistische Fingerübung, fällt Mayer schwer: Ist die Kanzlerin „sozialliberal“, „jenseits vom Christdemokratischen“ oder „bloß vorsichtig“? Jedenfalls, seufzt sie, fänden 70% der Deutschen sie sympathisch. Nach ihrem Leben und Erleben in der DDR sei Angela Merkel hilfsbereit bis nach Afghanistan. Mit Obama teile sie die Ansicht, Führung müsse auf ein Zuviel an Macht verzichten. Und in Brüssel zwingt sie auch Widerstrebende zu der Einsicht, dass man mit national- - „souveränen“ Taktiken auf der Welt scheitern müsse. Es sei zwar wahr, dass niemand genau sagen könne, was diese Deutsche mit ihrer Macht künftig anstellen wolle, doch seit dem

Fall der Mauer habe sie immer wieder mit Argumenten überzeugt. Was kann Europa denn mehr wollen als solche Testate ? Und nun geht unser Blick nach Berlin...

**Am Sonntag vor der CDU-Vorstandsklausur** richteten vier Provinz-Mandatäre der Partei ihre Blasrohre gegen die Kanzlerin und wiederholten in der FAZ sorgfältig, also scheinbar von Sorgen gefaltet, was nicht nur FAZ und WELT *basso ostinato* seit der Bundestagswahl immer neu wiederholen. Die so genannten, doch nur westlich der Elbe möglichen „alten Stammwähler“ seien verprellt worden, der Papst von Merkel höchstselbst beleidigt, „die“ Konservativen überhaupt vernachlässigt, zumal katholische. Man wiederholte das schimmelnde **Dogma vom Linksruck der CDU**, obschon Pakete von Wahlanalysen seit Jahren bewiesen, dass Wahlen nördlich des Mains nicht rechts verloren werden, sondern in der Mitte. **Jürgen Rüttgers** z.B. hat seinen Erfolg so gut wie ausschließlich dem Umstand zu verdanken, dass die NRW-CDU wieder die „linke“ Mitte einnimmt, die sie von 1946 an fast 40 Jahre fest im Auge hatte (mit z.B. Heinrich Köppler und Norbert Blüm). Dadurch rückte auch die NRW-FDP wieder in Positionen, die sie schon einmal in der gleichen Epoche hatte. Freilich kam hinzu, dass **Rüttgers, Laumann, Laschet oder Röttgen und Gröhe** neues Terrain erkundeten, Experimente wagten, die Grünen nicht länger schmähen oder neue soziale Fragen ohne Blick in den Rückspiegel angehen. // Man täusche sich aber nicht. Konservative, die sich **naiv auf Adenauer oder Erhard** berufen, werden die Kanzlerin ohne Rücksicht auf CDU-Wahlergebnisse angreifen. Und dass die Bankskandale und Finanzkräche alle frühen Warnungen von **Heiner Geißler** bestätigen, macht die Merkel-Gegner noch wilder. Was allerdings dringender wird, wären **endlich mehr Merkel-Dialoge und Reden „unten“ in der deutschen Provinz** und vor allem vorbei an den Meckerzwerge des CDU-Mittelbaus. Blieben diese Begegnungen mit der Kanzlerin aus, würden neue Zwerge ihre Fäustchen recken können, die der „Frau Europas“ weder „Lissabon“ noch Ursula von der Leyen verzeihen, mitunter nicht mal die Tatsache, dass sie eine Frau ist – aus der DDR.

## Lady Ashtons Außenpolitik – gebunden ans Europaparlament

### Interview mit Elmar Brok MdEP, außenpolitischer Sprecher der christdemokratischen EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

**ContraSalon:** Schon heißt es in den Medien, Catherine Ashton, die "Hohe XYZ" der EU, werde einen "Moloch" mit Beamten ohne Zahl aufblähen dürfen. Welche Behörde entsteht und wer arbeitet dort künftig?

**Elmar Brok:** Den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) schon von Anfang an als Moloch zu verdammen und negative Presse zu machen, halte ich für falsch. Bevor es zu der Diskussion über die Zahl und die Verteilung der Posten kommt, sollte es **zuerst darum gehen, die allgemeine Einrichtung der neuen Struktur zu definieren**. Wichtig dabei ist, und ich denke darauf zielt die Kritik ab, dass beachtet wird, dass der EAD personell in einem sachgerechten und ausgewogenen Verhältnis aus qualifizierten Beamten zusammengesetzt sein sollte, um in Brüssel und außerhalb der EU (Botschaften) die Interessen der EU wahrzunehmen. Die Mehrzahl der Beamten ist bereits heute in den getrennten Bereichen von Rat und Kommission beschäftigt.



*Elmar Brok mit Journalisten in Brüssel*

**ContraSalon:** Man darf die Chefin nicht EU-Außenministerin nennen, doch ihre Leute heißen schon "Auswärtiger Dienst". Wirkt wie Marken-Dschungel.

**Elmar Brok:** Nun ja, informell wird die **Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin** ja schon als Außenministerin bezeichnet. Wenn sie die außenpolitischen Interessen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten bündeln und Europa somit zu mehr außenpolitischem Gewicht auf internationaler Bühne verhelfen kann, begrüße ich die Bezeichnung.

**ContraSalon:** Die Chefin ist an den Rat gebunden, ist aber auch Vize der Kommission. Warum kann ihre Behörde nicht auch Teil der Kommission sein? Und ändern sich Status und Bezahlung der Beamten, die von der Kommission ins "Haus Ashton" umziehen?

**Elmar Brok:** In meinem am 22. Oktober 2009 vom Parlament mit großer Mehrheit angenommenen Bericht zum Europäischen Auswärtigen Dienst fordere ich, dass der EAD in organisatorischer, administrativer und budgetärer Hinsicht an die Kommission angegliedert wird, da nur so Synergien gebündelt und eine effektive demokratische Kontrolle geleistet werden kann. Allerdings muss auch sichergestellt werden, dass – so sieht es die Verfassung vor – die Leitungsbefugnisse der **Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin der Kommission** im Bereich der „klassischen“ Außenpolitik (GASP und ESVP) **an die Entscheidungen des Rates gebunden und im Bereich der gemeinschaftlichen Außenbeziehungen den Beschlüssen des Kollegiums der Kommission unterworfen ist**. Im Rat zeichnet sich zurzeit jedoch eher die Tendenz ab, dass der EAD eine **unabhängige** Behörde werden soll. Hierüber wie auch über Statut der Beamten muss noch verhandelt werden, nachdem Frau Ashton ihren formellen Vorschlag gemacht hat. **In diesen Fragen hat das EP ein Mitentscheidungsrecht, das es ebenso wie das Budgetrecht im Sinne des Gemeinschaftseuropas nutzen wird.**

**ContraSalon:** Kann das EP die Außenpolitik von Frau Ashton kontrollieren, z.B. durch eine Pflicht der Dame, vor dem Parlament oder dem Auswärtigen Ausschuss Rede und Antwort stehen zu müssen, wenn sie herbeigerufen wird?

**Elmar Brok:** Die gesamte neue Kommission und damit auch Frau Ashton müssen durch das Europäische Parlament bestätigt werden. Gewiss muss Frau Ashton als Vizepräsidentin der Kommission dem Parlament Rede und Antwort stehen. Damit wird dem EP neben dem Haushaltsrecht ein wichtiges politisches Kontrollinstrument in Bezug auf die gesamten Außenbeziehungen gegeben. Außerdem kann das EP der Kommission ihr Misstrauensvotum aussprechen, **was zur Folge hätte, dass auch die Vizepräsidentin zurücktreten müsste**. Insgesamt sollte Frau Ashton bei der Ausfüllung ihrer neuen Position gerade auch die Gemeinschaftsmethode fördern und zu einem Rollenverständnis finden, in dem das Europäische Parlament notwendige Budget-, Gesetzgebungs-, Kontroll- und Informationsrechte hat.

**ContraSalon:** Wie ist die Behörde im Haushalt der EU ausgewiesen? Kann das EP ihre Position ebenso kontrollieren wie z.B. Agrar- oder Dritte-Welt- Politik?

**Elmar Brok:** Das EP erhielt durch den Vertrag von Lissabon Mitentscheidung in allen Bereichen des Haushalts, also auch im Bereich der GASP/ESVP. Unabhängig davon, ob der EAD eine *sui-generis*-Einrichtung innerhalb oder außerhalb der Kommission sein wird, wird er dem Haushaltsrecht des Europäischen Parlaments unterliegen - **das hat Frau Ashton auch nochmal ganz deutlich bei Ihrer Anhörung vor dem EP am 11. Januar bestätigt.**

**ContraSalon:** Wenn Fragen strittig bleiben, wie wird das EP weiter um Einfluss auf die neue Behörde kämpfen?

**Elmar Brok:** Laut dem Vertrag von Lissabon soll der Rat auf Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik nach Anhörung des Europäischen Parlaments und nach Zustimmung der Kommission über die Organisation und die Arbeitsweise des EAD **in Form eines Europäischen Beschlusses entscheiden.** Frau Ashton ist gut beraten, **wenn sie bereits vor ihrem formellen Vorschlag über die Gestaltung des Europäischen Auswärtigen Dienstes eine weitgehende Einigung mit dem Europäischen Parlament erzielt.** Wenn das Europäische Parlament den Eindruck haben sollte, dass die Gestaltung des EAD an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger vorbeigeht, kann es Druck machen, indem es den Anhörungsprozess, ohne den der Rat keinen Beschluss zum EAD fassen kann, noch hinausziehen wird. Vor allem kann der EAD aber nur als eigenständige Behörde unter gleichberechtigter Beteiligung nationaler Diplomaten eingerichtet werden, **wenn die Zustimmung des EP zweifach im Mitentscheidungsverfahren gewonnen werden kann. Auch wird das EP sein Haushaltsrecht bei Personalfragen nutzen.**

---

## Herman Van Rompuy auf Robert Schumans Spuren

*Der in Deutschland weiter kleingeredete EU-Präsident bekannte sich zu christlich-sozialen Kernzielen in der EU-Innen- und Außenpolitik, zu Realismus und Idealismus*

In Brüssel gibt es seit Jahrzehnten eine Plattform, auf der auch Politiker Vorträge halten – mit zum Teil großem Echo in der francophonen katholischen Welt Europas, die „**Grandes Conférences Catholiques**“. Herman Van Rompuy hielt dort vor Weihnachten, also nach seiner Wahl durch die EU-Spitze, einen wohlüberlegten Vortrag über seine Sicht des Lebens, der Religion und der Politik. Muttersprachlich Franzose, sprach er am 7. Dezember französisch und bekannte sich nach einführenden Thesen zum christlichen Personalismus, für den einmal der Franzose **Jacques Maritain** als Lehrer auch von Politikern stand, die nach 1945 in Paris das christlich-demokratische MRP gründeten, zu dessen Exponenten unter anderen **Robert Schuman** und **Georges Bidault** zählten. // Es dürfe, so Rompuy, keinen politischen Realismus geben, der sich vom Idealismus und Humanismus löse. Gute Politik diene dem Glück der Menschen, sonst sei ihr nicht zu trauen. Der von Maritain gelehrte Personalismus, dem sich in Polen Männer wie **Tadeusz Mazowiecki** und **Jerzy Turowicz** verbunden fühlten, leite sich aus der Theologie ab, ohne dogmatisch binden zu wollen. // Politik, so Rompuy, drohe oft in die Phrasen-Falle zu gehen, das schade der Humanität. Er halte sich an **Beispiele wie Helmut Kohl:** keine Aktion ohne Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, zum Wohl der Familie oder der Zivilgesellschaft. Für die EU bleibe daher das Bekenntnis zur wahren Integration und zur **Gemeinschaftsmethode** (Monnet, Schuman) unabdingbar. Damit stimmt der Redner ganz mit Papst **Johannes Pauls II.** Rede 1988 vor dem Europäischen Parlament überein. Rompuy bekannte sich aber auch zu seiner überwiegend von Wirtschafts- und Finanzpolitik geprägten Karriere: „Ich träume nicht.“ Nun wartet Brüssel, wie er zwischen seiner Sicht und den Einfällen des „Co-Ratspräsidenten“ Zapatero ausgleicht.



**EU-Präsident  
Herman Van Rompuy**

## NAMEN SIND NACHRICHTEN

☐ Der britische Europaabgeordnete **Malcolm Harbour** (63) macht seinen konservativen Freunden wachsenden Ärger. Der Mann war seinerzeit gegen den „europafeindlichen“ Auszug der Konservativen aus der EVP-Fraktion, ging aber – überstimmt – mit und wurde Vorsitzender des Binnenmarkt- und Verbraucherschutzausschusses, wo er sich zum Ärger der Rechten „moderat verhält“. Über Parteichef **David Cameron** in London spottet er, es gehe seit dem Fraktionswechsel der Konservativen in Brüssel „durch Davids Schuld“ langweilig zu. Ein Barroso-Mitarbeiter nennt den Grund: „Die verloren gewaltig an Einfluss, Harbour ausgenommen.“

☐ **Silvio Berlusconi** hat in den letzten zwölf Monaten zweimal seine Umfragezahlen verbessern können. Mein Freund **Gustavo Selva**, Ex-Fernsehmann, nennt die Gründe: „Beim ersten Mal gaben ihm die Deutschen mit Sex-Klamauk Auftrieb, und kürzlich half der kleine Mailänder Dom, der ihm an den Kopf geworfen wurde.“

☐ Einige deutsche EU-Beamte, alle CDU-Leute, kamen weiter vorwärts und wurden Kabinettschefs von Kommissaren. Der Mächtigste: **Johannes Laitenberger** (früher Sprecher) bei Präsident Barroso. Der Vorsitzende des CDU-Verbandes Brüssel, **Jochen Richter**, dient der Bulgarin **Rumiana Jelava**. **Michael Köhler** kam zu Kommissar **Günther Oettinger**. Der „Längergediente“ **Rudolf Strohmeier** ist Kabinettschef der Luxemburgerin **Viviane Reding**. Sollte Strohmeier ein stv. Generaldirektor werden, geht evtl. Martin Selmayr zu Frau Reding. Er hatte während des „Konvents“ für Elmar Brok gearbeitet.

☐ Trauer um **Freya von Moltke**, die im Alter von 98 in den USA starb. Die Hitler-Gegnerin, 1942/43 die Seele des „Kreisauer Kreises“, war im Oktober 1989 von **Helmut Kohl** eingeladen worden, ihn nach Polen zu begleiten. Die Gräfin dankte höflich. Erst müsse die Grenze an Oder und Neiße völkerrechtlich anerkannt werden. Als dies geschehen war, fuhr die Witwe des hingerichteten Moltke nach Kreisau und freute sich darüber, dass das alte Gut als polnisch-deutsche Begegnungsstätte wieder erstanden war.

☐ Jüdische hohe Beamte der Obama-Regierung aus dem demokratischen Lager werden immer heftiger aus den Reihen der Republikaner angegriffen und sogar beschuldigt, nicht fest zu Israel zu stehen – wie früher die Bushs. Besonders unter Beschuss: **Hannah Rosenthal**, Beauftragte gegen Antisemitismus (!), und Senator **Chuck Hagel**, Kritiker der Irak-Politik der Bushs. Rosenthal konterte: „Ich betrachte Israel als Teil meines Herzens und bin so oft als möglich dort.“



## Info-Hilfen zur Steinbach-Debatte

### Vordergründe - Fakten - Hintergründe

**ContraSalon** hat seit 2003 immer diese „Tendenz“: **1. einseitigen Nachrichten ergänzende oder konträre Nachrichten zufügen, 2. bisher ganz Unbekanntes beleuchten.**

Deshalb heute: Fakten zur „Steinbach-Debatte“ frei von platter Polemik. Kommentare nur zum besseren Verstehen. Auf die zahlreichen Presse-Meldungen oder Fernsehbeiträge gehe ich kaum ein, weil ich deren Kenntnis voraussetze. Es geht mir vor allem um komplementäre Aussagen, die gar nicht immer gegensätzlich sein müssen. Wichtig sind auch Rückgriffe in die frühen Jahre nach 1989 und 2000, weil das damalige Geschehen fast vergessen erscheint, hier und auch in Polen.

### Die Tage seit Weihnachten, Reaktionen auf neue Steinbach-Vorschläge

► Neben einer großen Reihe prominenter Vertriebener, die dem Bund der Vertriebenen nicht angehören, oft „ganz bewusst“, haben sich nach



den neuesten Steinbach-Erklärungen auch Vereinigungen gemeldet, darunter zwei bekannte katholische, die beide ziemlich früh Teile des Steinbach-Konzepts kritisiert hatten. .  
**Rechts im Bild: Adolf Ullmann,**

**Unternehmer, CSU-Mitglied**

► Erklärung der katholischen sudetendeutschen „**Ackermann-Gemeinde**“ durch deren Präsidenten **Adolf Ullmann**: „Wir fühlen uns im Stiftungsrat (des Zentrums) durch den katholischen Bischof (Mitglied des Rats) vertreten, aber nicht durch Frau Steinbach.“ Fast alle Vorstandsmitglieder der Ackermann-Gemeinde sind CSU- oder CDU-Mitglieder.

► Erklärung der **Gemeinschaft Katholischer Danziger** durch ihren Vorsitzenden **Wolfgang Nitschke**, München. Seine Gemeinschaft Vertriebener fühle sich durch Frau Steinbach nicht vertreten. Man habe seit rund 60 Jahren auf Burg Gemen im Münsterland für Versöhnung mit Polen gearbeitet. // Daran beteiligt waren auch Polen (z.B. **Adam Michnik**) ,die nach 2000 als Alternative zur Steinbach-Stiftung ein Zentrum in **Breslau** befürworteten, das ALLE Vertreibungen in Europa in der neueren Geschichte würdigen sollte.

► BM **Guido Westerwelle** wiederholt die Behauptung, „Polen“ („die“ Polen?) werfe Steinbach „vor allem die Tatsache vor“ 1991 im Bundestag gegen die Anerkennung der Ostgrenze gestimmt zu haben. Dies bestritten stets alle wichtigen pol-nischen Debatte-Beteiligten, seinerzeit (2001) beginnend mit **Wladyslaw Bartoszewski, Bronislaw Geremek und Tadeusz Mazowiecki**. Alle **argumentierten wie folgt**: Frau Steinbach wurde 1943 in **Rumia** geboren, einer POLNISCHEN Kleinstadt westlich Danzig, **die bis 1920 als Rahmel zu Deutschland gehört hatte**. Die Steinbach-Eltern kamen aus dem deutschen Westen. Peinlich für **dpa** und andere: **Rahmel** wurde **jetzt** erläutert als „in **Danzig-Westpreußen**“. Damit wurde nur die **territoriale NSDAP-Einheit** referiert, nämlich der „Gau“. // Nach dem Krieg wurden die Steinbachs „so rechtlich begründet ausgewiesen wie jene zahlreichen Reichsdeutschen, die sich nach 1940 im Elsaß niedergelassen hatten“(Geremek). In Polen heißt es mitunter polemisch: „Warum sind von den Franzosen vertriebene Deutsche oder von Mussolini (1938/39) verjagte Deutsch-Südtiroler nicht im Steinbach-Konzept zu finden?“



**Aus Polen ausgewiesen, doch nicht aus deutschem Land : BdV- Chefin Erika Steinbach**

## **Zur Vorgeschichte des Zentrums gegen Vertreibungen (ZgV)**

► 2000 gründeten Steinbach (CDU) und Peter Glotz (SPD) das Zentrum. Heute heißt es in den meisten Medien, das Projekt sei „ein Kind Steinbachs“, von Glotz wird kaum gesprochen, fast nur noch bei Sudetendeutschen.

► Frau Steinbach bat wichtige Ausländer um Mitarbeit, **als ihr Konzept ganz fertig war**. Sie schrieb zum Beispiel Briefe an die Staatspräsidenten Polens, Tschechiens, Ungarns pp. Es antwortete nur Vaclav Havel – mit einer kurzen Eingangsbestätigung. Inzwischen wuchs der Steinbach-Unterstützerkreis. Die Gründerin bemühte sich dabei auch um Juden und gewann drei. Einige andere, darunter Alfred Grosser, lehnten aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Grosser hatte den Eindruck, „nur zur Dekoration zu dienen“. Gespräche mit Charles Aznavour ohne Kontakt mit Frau Steinbach, ergaben Desinteresse der Armenier, „wenn wir nicht paritätisch den gleichen Einfluss wie die Deutschen haben“.

► In der SPD, besonders in SPD-Kreisen der DPG, wurde darauf hingewiesen, **dass „hunderte von vertriebenen Genossinnen und Gesossen, wenn nicht mehr, dem BdV seit Jahren den Rücken kehrten“**. Im Januar 2010 begann auch wieder die Diskussion um korrekte Mitgliederzahlen des BdV, wobei quer durch die Politische Wissenschaft 500.000 bis 600.000 für denkbar gehalten werden, davon 15% junge „Freunde der BdV-Anliegen“. Ihr

zwei Millionen BdV-Leute kann Frau Steinbach bis jetzt nicht beweisen, aber das ist auch nicht der Konfliktkern.

## Frühe Phase polnischer Entschärfungsversuche



Versöhner Dr. H. Hupka 2004 +  
Zuspitzer Rudi Pawelka

Gestützt auf die polnische These, Frau Steinbach sei keine „echte“ Vertriebene, hat W. Bartoszewski sowohl **Helmut Kohl als auch weiteren CDU-Repräsentanten Herbert Hupka als Alternative vorgeschlagen**, was kaum bekannt wurde. Hupka (1915 – 2006) saß 1969-87 im Bundestag und nahm folglich an keiner Abstimmung mehr über die Ostgrenze teil. Von 1969 **bis 2000** war er Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien. Gleich nach dem Fall der Mauer besuchte er seine Heimat Oberschlesien und distanzierte sich dort **„aus meinen neuen Erfahrungen“ von seiner früheren Ostpolitik. 1998 ernannte ihn seine Geburtsstadt Ratibor zum Ehrenbürger. 2004 lehnte er die Politik seines Nachfolgers im Schlesier-Vorsitz, Rudi Pawelka, mit der „Preußischen Treuhand“ ab.** In der CDU-Spitze fand sich jedoch niemand, der Hupka zur Leitung der BdV-Stiftung auffordern wollte, was Kohl begrüßt hätte. In der Zeit ab 2004 haben polnische Politiker der deutschen Seite gegenüber weitere CDU- und CSU- Vertriebenenpolitiker als akzeptabel benannt und dabei deren Verhalten in der Grenzabstimmung als nicht mehr wichtig befunden. „Einmischung?“ „Entschärfung?“

## Mehr Licht als Schatten

► Frau Steinbach und einzelne Mitglieder ihres Freundeskreises haben oft gesagt, in den Jahren von 1949 bis zur Wende habe Deutschland zu wenig oder zu „unvollständig“ an die Vertreibungen und das Leid der Vertriebenen erinnert. Dem stehen u.a. folgende Tatsachen gegenüber:

# Die Aufnahme von „Ostkunde“ in alle schulischen Lehrpläne der BR Deutschland, zuweilen schon 1953. Dazu kam die Belieferung der Schulen wie der Mitgliedsverbände des Bundesjugendrings mit Filmen, Tonträgern, Vertreibungsberichten, Foto-Bänden und Rednerdiensten, auf die der BdV sehr wohl gewünschten Einfluss nahm. Das Thema Vertreibung hat in NRW nach meinen Unterlagen bis zu 20% der Mittel beansprucht, die der Landtag auf Antrag der MdLs Johannes Rau (SPD) und Hansheinz Hauser (CDU) ab 1958 insgesamt für Politische Bildung zur Verfügung stellte.

# Der heutige **BdV selbst präsentiert sich im Internet** mit einer langen Liste „Ostdeutscher Museen“ von München bis Görlitz und von Königswinter bis Schleswig-Holstein. Dabei wird auf die Förderung seit den 50er Jahren verwiesen. Auf 17 Seiten DIN-A4 verbreitet der BdV zusätzlich satt über 100 Adressen von „Ostdeutschen Heimatstuben“. Und auf noch mehr Seiten findet der Internet-Benutzer weit über tausend Denkmale, die die Vertreibung zum Thema haben oder die der „Toten in der fernen Heimat“ gedenken. Anders als die meisten Feuilletons jetzt noch berichten, gab es ab 1952 bis heute im Westen mehr als 50 Filme mit Vertriebenenenschicksalen, darunter **zwei über den Untergang der GUSTLOFF**, von der jedoch G. Grass log, sie sei vor seiner Untergangsbeschreibung „tabu“ gewesen. Dies alles wird NICHT aufgezählt, um die umstrittene Stiftung zu „erledigen“, im Gegenteil; sie sollte durchaus kommen. Aber in Kenntnis der ganzen Nachkriegsentwicklung.

# Eine Reihe von Verlagen, die sich zur Demokratie bekannten – im Unterschied zu Neonazi-Verlagen, die leider legal um Vertriebene warben, vor allem in Bayern - haben seit 1952 große Leistungen mit tausenden von Titeln aus dem Kapitel Vertreibung und Heimat herausgebracht, z.B. der erfolgreiche Verlag Rautenberg. Sie riskierten Bücher über das Heute in Schlesien oder Ostpreußen, auch wenn sie Nationalkonservativen missfielen.

► Es heißt immer wieder, Frau Steinbach habe den BdV von „personellen Altlasten“ befreit, mit anderen Worten von „Rechtsauslegern“ und Revanchisten. Dem widersprechen zwei Gruppen, zur ersten zähle auch ich. Sie verweist darauf, dass Männer wie Hupka, Czaja oder Wittmann in der Phase ab 1988/89 so gute Demokraten waren wie zuvor in ihrem Leben. Um sie ging es bei Steinbachs „Distanzierungen“ weniger als im Fall Pawelka, Chef der Schlesier, 1969 NPD-Bundestagskandidat, später in die CDU gegen Widerstand aus der JU, heute weiter auf Treuhand-Kurs, denn **Frau Steinbach kann in der FÖDERATION BdV den Vorsitzenden einer Landsmannschaft nicht aus dem Amt bringen**, was in Polen als rechtlicher Sachverhalt unbekannt ist und nur die Frage auslöst, ob nicht die CDU Pawelka ausschließen könne. Frau Steinbach konnte und kann im Präsidium des BdV und in dessen Büros demokratische Verhältnisse schaffen, nicht jedoch in **selbständigen Teilen der Föderation**. Wenige Polen könnten dies analysieren, doch die Zweifel werden bleiben. Denn inzwischen „helfen“ der Stiftungsgründerin neben der CSU vor allem rechtslastige Journalisten der „Jungen Freiheit“ und der Burschenschaften. Man könnte denken, dass es ihr nicht angenehm ist, aber es passiert und wirkt.

## Die akute Lage in Polen und Berlin

► Gespräche von hochrangigen CDU-Politikern ergaben, dass die FDP in Sachen Steinbach auch weiter nicht einlenken wird, wenn etwa Steinbach auf ihrem Sitz im Stiftungsrat besteht, ferner auf **Abkopplung von der Bindung der Stiftung an die Regierung**. Das hat Frau Pieper (FDP) als neue Polen-Beauftragte auch in Warschau versichert. Nachgeben der CDU soll, so höre ich, bei der Sitzzahl möglich sein, doch dies genügt Steinbach nicht.

► Fast alle Kenner der Materie fürchten, Steinbach wolle zurück zu ihren Ideen von 2000, die später im Gespräch Union-SPD abgeschmolzen wurden. So denkt auch Pieper, von der SPD zu schweigen.

► In Warschau wächst schon etwas die Neigung, das dortige allgemeine Schweigen zu beenden, sollte der Druck des BdV noch wachsen. Man will dann einigen Zeitungen und dem TV Dokumente über die **Entfernung von Deutschland-Feinden durch die Regierung Tusk aus Positionen des Außenministeriums, des Deutsch-Polnischen Jugendwerks und der Deutsch-Polnischen Stiftung** zukommen lassen. Die bekannte Politikerin **Irena Lipowicz** sagte mir: „Wir haben mit der Entfernung dieser Leute schon lange unser Soll erfüllt und glaubten, nun würde man in Berlin Frau Steinbach als Gegenleistung zur Aufgabe bringen. Leider kam es anders.“

► Im Auswärtigen Amt in Berlin weiß man ganz genau, dass es sich nicht um „polnische Einmischung“ handelt, wenn Warschau Frau Steinbach misstraut. Man verweist auf **Beispiele: 1. Im Elysée-Vertrag wird geregelt, dass Bonn und Paris bei der Besetzung a) des DFJW und b) der Leitung der Uni Saarbrücken Einvernehmen herstellen müssen; es herrscht de jure Vetorecht** gegen Personalvorschläge der jeweils anderen Seite. Ähnlich geregelt sind die Leitung der **Villa Vigoni** in Norditalien und die Besetzung weniger Posten bei der deutsch-dänischen Kooperation. Dass dies in den Medien und großen Teilen des Bundestages unbekannt ist, ändert nicht, dass es jedenfalls einige Polen wissen. Sie wissen auch, dass **Konsensgebote mit formaler rechtlicher Selbständigkeit eines Instituts vereinbar sind**.

► Nach der Ernennung im Dezember des Stabes für den Wahlkampf des polnischen **Präsidenten Lech Kaczynski, der seine Wiederwahl im Oktober anstrebt**, wird bekannt, dass man sich abermals Vorteile aus Angriffen auf die „Gefahr Steinbach“ verspricht. Bewährte polnische Meinungsforscher sagen allerdings und gottseidank, „nur noch sehr alte Leute“ würden solche Angriffe auf Deutsche bei ihrer Stimmabgabe schätzen.



**Stabile Freundschaft:**  
Donald Tusk und Annette

**Fazit 1:** Nicht Steinbachs Nein zur Ostgrenze bestimmt die polnische Haltung, sondern ihr Status als Nichtvertriebene;

**Fazit 2:** Es hat frühe Alternativen zur Führungsrolle Frau Steinbachs in Sachen BdV-Projekt gegeben. Sie wurden nicht genutzt;

**Fazit 3:** Die Versöhnung mit früheren Kriegsgegnern über oder mit Institutionen erfordert Konsens in Personalfragen, dafür gab und gibt es z.B. deutsch-französische Modelle;

**Fazit 4:** Das Schicksal der deutschen Vertriebenen wurde nach 1949 keineswegs ignoriert, es könnte aber heute im europäischen Kontext neu gewürdigt werden.

=====



## MEDIEN

### CICERO – Magazin mit wenig Europa, viel Berlin und neuer Führung



----- Michael Naumann-----  
---, neuer CICERO – Chef

Sechs Hefte p.a. haben schicke Titel, brillante Fotos und Erfolg. Das Magazin CICERO, gestartet und auf über 80.000 Auflage gestiegen, Tendenz anhaltend, bekommt am 1. 2. einen neuen Chef. Die Branche lauscht. Nach dem Abgang von Chefredakteur **Wolfram Weimer zu FOCUS** kommt ZEIT-Mann Michael Naumann, mit 68 „wieder ganz neugierig“ und nährt allein dadurch Gerüchte, dass er (vergebens) für die SPD zum Hamburger Bürgermeister kandidierte. Und das eher konservative Projekt aus dem Schweizer Ringier-Verlag könne „wohl etwas linker“ werden. Sagt auch vorsichtig, die von der Süddeutschen einziehende **Franziska Augstein**, 44, Tochter des SPIEGEL-Gründers und liberale Edelfeder. Weimer hatte CICERO mit interessanten Autoren gespickt, vor allem mit Berliner Stoff gefüllt, aber auch mit schickem Feuilleton. Positiv fielen auf solid-kritische Texte von Fachkräften gegen (zuviel) Klimahysterie, manches Porträt. Das Negativste an CICERO ist seine europapolitische „Haltung“: kaum weiterführende Analysen, selten Hintergrund. Die Redaktion meldete z.B. den Niederländer Jan Pieter Balkenende als sicheren EU-Präsident und den Italiener Massimo d'Alema als EU-„Außenminister“. Beide hatten nie echte Chancen. Man setzte auch auf Jean-Claude Juncker, den Paris zu verhindern entschlossen war. Die immer einflussreicher werdende EU-Völkervertretung hingegen wird nicht wahrgenommen, alle echten Brüsseler Abläufe bleiben unbekannt. Ich habe CICERO abbestellt und werde mir einzelne Hefte kaufen, wenn ich ihren Inhalt im Internet studiert habe. Dem Kollegen Naumann, ein Europäer wie Helmut Schmidt, wünsche ich viel Erfolg. Monatsmagazine wie CICERO haben auf dem Zeitungsfriedhof neue Chancen. Man sieht es an FOREIGN POLITICS. Habe ich abonniert. Kommt sechsmal im Jahr und ist randvoll mit politischen und ökonomischen Details, die in CICERO (noch?) fehlen. **JW**

---

Jürgen Wahl + Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG // Tel. 0228 – 324381  
e-mail: [post@jwahl.de](mailto:post@jwahl.de)

**SPENDEN bitte an Konto 101 40 30 17 BLZ: 370 69 805**